Informationen zum Datenschutz

(gemäß Artikel 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung)

Verarbeitungstätigkeit: Durchführung des Bildungs- und Teilhabepaketes gemäß § 6 b Bundeskindergeldgesetz

Seit dem 25.05.2018 gilt mit der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) ein neuer Rechtsrahmen für den Datenschutz in Deutschland und in der Europäischen Union. Sowohl die DS-GVO als auch insbesondere das Zehnte Buch Sozialgesetzbuch (SGB X), die Abgabenverordnung (AO) und das Bundeskindergeldgesetz (BKGG) enthalten Vorschriften zur Datenverarbeitung und zu Rechten von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern. Daher werden Sie auf Folgendes hingewiesen:

Soweit es für die Durchführung des Bildungs- und Teilhabepaketes bzw. zur Ermittlung der maßgeblichen Verhältnisse im Einzelfall erforderlich ist, werden Ihre Daten manuell bzw. automatisiert verarbeitet (d. h. insbesondere erhoben, erfasst, geordnet, gespeichert und übermittelt; vgl. Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe c und e und Artikel 4 Nr. 2 DS-GVO, §§ 67 a ff. SGB X, §§ 7 a und 10 BKGG). Das Sachgebiet Asyl/ Bildung und Teilhabe der Hanse- und Universitätsstadt Rostock ist hierbei "Verantwortlicher" im Sinne des Artikels 4 Nr. 7 DS-GVO i. V. m. § 67 Abs. 4 Satz 2 SGB X, § 13 abs. 4 BKGG und § 1 Abs. 2 AG-SGB II M-V (= verantwortliche Stelle).

Alle Kontaktdaten finden Sie unter 6.

1. Datenerhebung beim Antragsteller/bei der Kindergeldberechtigen Person

Ihre Angaben im Antrag sind mit entsprechenden Nachweisen zu belegen. Werden Kontoauszüge vorgelegt, dürfen Verwendungszweck bzw. Empfänger einer Überweisung geschwärzt werden, wenn es sich um besondere Arten von personenbezogenen Daten im Sinne des Artikel 9 DS-GVO handelt (Angaben über die rassische und ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen, Gewerkschaftszugehörigkeit, Gesundheit, Sexualleben oder der sexuellen Orientierung).

2. Datenerhebung bei Dritten

Sofern der Antragsteller/die kindergeldberechtige Person nicht oder nicht vollständig an der Aufklärung des Sachverhalts mitwirkt, kann die verantwortliche Stelle auch Auskünfte einholen bzw. Daten erheben bei

- den beim Antragsteller/der kindergeldberechtigten Person berücksichtigen Kindern, nicht dauernd getrenntlebenden Ehegatten und sonstigen Personen, bei denen die bezeichneten Kinder berücksichtigt werden,
- anderen Stellen im Zusammenhang mit zwischen diesen und dem Antragsteller/der kindergeldberechtigen Person bzw. dem Kind/jungen Volljährigen bestehenden Rechtsverhältnissen (z. B. Leistungsanbietern) und bei anderen Stellen im Hinblick auf möglicherweise gegen diese Stellen bestehende Rechtsansprüche (z. B. Schülerbeförderungskosten nach Schulgesetz M-V),
- bei anderen Sozialleistungsträgern (z. B. Wohngeldbehörde, Familienkasse, Jobcenter, Jugendamt) nach dem §§ 3, 69 Abs. 1 Nr. 1 SGB X, inwieweit z. B. andere Sozialleistung beantragt, bewilligt oder eingestellt wurden oder inwieweit Aussicht auf Bewilligung dieser Leistung besteht.

3. Durchführung von gerichtlichen Verfahren einschließlich Strafverfahren

Zur Durchführung von gerichtlichen Verfahren einschließlich Strafverfahren werden personenbezogene Daten unter den Voraussetzungen der §§ 68, 69 SGB X an die Polizeibehörden, Staatsanwaltschaften und Gerichte übermittelt.

4. Löschung von personenbezogenen Daten

Personenbezogene Daten werden gelöscht, wenn sie für die Durchführung des Erhebungszwecks nicht mehr benötigt werden und rechtliche Aufbewahrungsfristen abgelaufen sind (längstens **zehn Jahre,** um

z. B. Entscheidungen bei Rechtswidrigkeiten zu ermöglichen, § 45 Abs. 3 Satz 4 SGB X). Innerhalb der vorstehend genannten Fristen besteht kein Recht auf Löschung nach Artikel 17 DS-GVO.

Recht auf Auskunft, auf Berichtigung, auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, auf Datenübertragbarkeit und Widerspruch; Widerruf einer Einwilligung; Beschwerde

Wenn Sie eine Auskunft zu den zu Ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten wünschen, wenden Sie sich bitte an Ihre verantwortliche Stelle. Auf Wunsch wird Ihnen ein Auszug zu den zu Ihrer Person gespeicherten Daten zur Verfügung gestellt.

Wenn Sie feststellen, dass zu Ihrer Person gespeicherte Daten fehlerhaft oder unvollständig sind, können Sie jederzeit die unverzügliche Berichtigung oder Vervollständigung dieser Daten verlangen.

Unter den Voraussetzungen des Artikel 18 DS-GVO in Verbindung mit § 84 Abs. 3 SGB X können Sie eine Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten verlangen.

Im Zusammenhang mit der Erbringung von Leistungen für Bildung und Teilhabe besteht kein Recht auf Datenübertragbarkeit nach Artikel 20 DS-GVO, da die Datenverarbeitung im öffentlichen Interesse liegt (vgl. § 20 Abs. 3 DS-GVO).

Es besteht auch kein Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten nach Artikel 21 Abs. 1 DS-GVO, da leistungsrechtliche Vorschriften die Verarbeitung von personenbezogenen Daten vorsehen (vgl. § 84 Abs. 5 SGB X)

Sollten Ihre personenbezogenen Daten aufgrund Ihrer ausdrücklichen Einwilligung verarbeitet (d. h. insbesondere erhoben) worden sein, können Sie diese Einwilligung jederzeit nach Artikel 7 Abs. 3 DS-GVO widerrufen. Dadurch wird iedoch nicht die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung Ihrer Daten bis zu Ihrem Widerruf berührt.

Sollten Sie mit den Auskünften Ihrer verantwortlichen Stelle bzw. mit der von ihr vorgenommenen Verarbeitung personenbezogener Daten nicht einverstanden sein, können Sie sich mit einer Beschwerde an den Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Mecklenburg-Vorpommern als Aufsichtsbehörde wenden.

Kontaktdaten

Verantwortliche:

Hanse- und Universitätsstadt Rostock Die Oberbürgermeisterin Amt für Soziales und Teilhabe Abt. Besondere soziale Hilfen Sachgebiet Amt für Ausbildungsförderung und BuT 18050 Rostock

Telefon: +49 38 13 81 10 50 E-Mail: but@rostock.de

Hanse- und Universitätsstadt Rostock

Behördlicher Datenschutzbeauftragte:

Die Oberbürgermeisterin Büro der Oberbürgermeisterin Behördliche Datenschutzbeauftragte 18050 Rostock

Telefon: +49 38 13 81 11 82

E-Mail: datenschutz@rostock.de

Aufsichtsbehörde:

Der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Mecklenburg-Vorpommern Schloss Schwerin Lennéstraße 1 19053 Schwerin

+49 38 55 94 94 0 Telefon:

E-Mail: info@datenschutz-mv.de